

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 12.07.2018

Dpa/AFP
13.07.2018

Tod in Kauf genommen [Afghane]

Aus Deutschland abgeschobener Afghane nimmt sich das Leben. Pro Asyl macht Bundesregierung mitverantwortlich. Anschlag in Dschalalabad



Retter bergen ein Opfer des Anschlags vom Mittwoch in der afghanischen Stadt Dschalalabad

Foto: Parwiz/Reuters

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Ein in der vergangenen Woche aus Deutschland nach Afghanistan abgeschobener 23jähriger, der zuvor acht Jahre lang in der Bundesrepublik gelebt hatte, hat sich in Kabul das Leben genommen. Wie ein Vertreter der Internationalen Organisation für Migration (IOM) am Mittwoch erklärte, sei der Jugendliche am Dienstag tot im Spinsar-Hotel aufgefunden worden. Dabei handelt es sich um eine Notunterkunft der IOM, in der abgeschobene Flüchtlinge für einige Tage unterkommen können, wenn sie nicht wissen wohin.

Der junge Mann war einer von 69 Menschen, die mit dem jüngsten Abschiebflug aus Deutschland nach Afghanistan gebracht worden waren. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte die hohe Zahl bejubelt. »Ausgerechnet an meinem 69. Geburtstag sind 69 – das war von mir nicht so bestellt – Personen nach Afghanistan zurückgeführt worden«, erklärte er am Dienstag bei der Vorstellung seines »Masterplans Migration« in Berlin.

»Ein Innenminister, der sich öffentlich darüber freut, dass Menschen in ein Kriegsland zurückgeschickt werden, hat offensichtlich nicht nur ein eklatantes Defizit an Mitmenschlichkeit, sondern auch an Qualifikation für sein Amt«, erklärte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke. »Aus meiner Sicht gehört Seehofer entlassen.« Mitverantwortlich für den Tod des jungen Mannes in Kabul sei aber auch die Bundeskanzlerin. »Sie hat es nicht nur unterlassen, dem Abschiebewahn ihres Innenministers in die Parade zu fahren, sondern ihn sogar noch angefeuert.«

»Wer nach Afghanistan abschiebt, nimmt den Tod der Betroffenen in Kauf«, so Jelpke weiter. Afghanistan sei das genaue Gegenteil eines sicheren Herkunftslandes. Allein am Mittwoch starben bei einem Angriff mutmaßlicher Dschihadisten auf eine Zweigstelle des Erziehungsministeriums in der ostafghanischen Stadt Dschalalabad nach offiziellen Angaben elf Menschen. Unter ihnen sei der Leiter der Behörde, hieß es in einer Mitteilung der Provinzregierung am Mittwoch mittag. Eine Gruppe bewaffneter Männer war gegen neun Uhr Ortszeit in das Haus eingedrungen, in dem sich nach Angaben eines Augenzeugen zu dem Zeitpunkt etwa 20 bis 30 Menschen aufhielten. Einen Tag zuvor waren bei einem Anschlag der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« auf einen Sicherheitsposten ebenfalls in Dschalalabad mindestens zwölf Menschen getötet worden, darunter viele Zivilisten.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl weist darauf hin, dass der Jugendliche, der sich nun das Leben genommen hat, bereits als Minderjähriger nach Deutschland gekommen

war. »Durch die Abschiebung in eine perspektivlose Lage und in ein Land, dessen Realität er kaum noch kennt, wurde der junge Mann offenbar in eine Lage getrieben, in der er keinen Ausweg mehr sah«, so die Vereinigung in einer Pressemitteilung. Sie weist darauf hin, dass für den jüngsten Abschiebungsflug in Bayern, von wo allein 51 Menschen deportiert wurden, insbesondere gerade volljährig Gewordene und lange in Deutschland Lebende ins Visier genommen und aus Schulen und Jugendeinrichtungen herausgeholt worden waren. »Bayerns Form des Gesetzesvollzugs ist ohne jeden Skrupel. Es bleibt zu befürchten, dass der aktuelle Suizid kein Einzelfall bleiben wird.«

Schon vor Bekanntwerden des Suizids hatten Pro Asyl und der Bayerische Flüchtlingsrat kritisiert, dass die seit einem schweren Anschlag vor der deutschen Botschaft in Kabul geltende Selbstverpflichtung, nur Straftäter, terroristische »Gefährder« und sogenannte Identitätstäuscher abzuschicken, weggefallen sei. Selbst »gut integrierte Personen« würden nun zwangsweise nach Afghanistan gebracht. (Quellen: dpa/AFP)